

In der Komfortzone

Betrifft

Einhellig bekunden Politiker wie Planer ihren Willen zur Integration von Flüchtlingen und zum Bau von bezahlbarem Wohnraum. Doch die Situation wird zunehmend absurder: Europa macht die Grenzen dicht und wir reden über den Energiestandard von Holzmodulen. Trotzdem führt kein Weg daran vorbei Text Doris Kleilein

Ein Bild aus Jordanien bringt den Irrsinn der aktuellen Flüchtlingspolitik auf den Punkt. So sieht die Infrastruktur der Massenvertreibung aus: eine schier endlose Hüttensiedlung, durchquert von einer schattenlosen Erschließungsachse. Das jordanische Flüchtlingslager Za'atari, 10 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt, ist das größte Camp der arabischen Welt: 2012 nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien zunächst für 10.000 Menschen geplant, beherbergt es heute mehr als 120.000 Flüchtlinge. Der Architekt Werner Schellenberg, der als langjähriger Mitarbeiter des UNHCR auch dieses Camp geplant hat, berichtete zum Auftakt des Symposiums „Flucht nach Vorne!“ in München aus Za'atari: Wie die Bewohner existenzielle Probleme selbst in die Hand nehmen, indem sie Kanalisationsschächte zwischen den Zelten graben und mit dem Nötigsten handeln. Wie Planer Instantlösungen für immer neue Anforderungen finden müssen, etwa Metallkästen als Brandschutz für die Gasöfen, die im Winter mit in die Zelte genommen werden. Aber auch, was es für die Nachbardörfer bedeutet, wenn ein Camp innerhalb weniger Jahre zur Großstadt wächst. Es war ein unsentimentaler Bericht. Ohne zu moralisieren hat Schellenberg der versammelten Architektenschaft vor Augen geführt, was auf uns zukommt, wenn weiter Zäune gezogen werden: Camps wie Za'atari werden dann auch am Rand Europas entstehen.

Flüchtlingsstadt München

Hunderte von Planern waren vom 9. bis 12. März nach München gekommen, um an einem Veranstaltungsmarathon zum Thema Integration und Wohnungsbau teilzunehmen, zu dem verschiedene Institutionen eingeladen hatten. Vor dem Hintergrund der politischen Situation verwundert es nicht, dass die in München vorgestellten Best-Practice-Projekte eher klein und sozial engagiert waren: etwa das „VinziRast“, ein Wiener Wohnprojekt für Studierende und Obdachlose, oder die Münchner Sozialgenossenschaft „Bellevue di Monaco“, in deren provisorisch hergerichteten Räumen auch das DAM den deutschen Beitrag zur Architekturbiennale in Venedig „Making Heimat. Germany Arrival Country?“ präsentierte. Perspektivwechsel ist angesagt: Stadtviertel, die jahrelang als soziale Brennpunkte und Ghettos bezeichnet wurden, kommen nun als „Arrival Cities“ zu Ehren. Die Konferenzteilnehmer wurden zu Fuß durch das Münchner Bahnhofsviertel geführt und mit dem Bus nicht etwa zu Vorzeigequartieren des Wohnungsbaus, sondern zu Flüchtlingsunterkünften am Stadtrand gebracht. Partizipation, soziale Mischung, bezahlbarer Wohnraum, Dezentralität, Selbstbau: Das waren die Themen in der „Flüchtlingsstadt“ München. Die überfüllten Veranstaltungen zehrten von der Aufbruchstimmung des Jahres 2015. „Wir machen das!“ war das Motto, wenngleich von großmaßstäblichen Planungen wenig zu sehen war.

Bericht aus erster Reihe

Ebenso zahlreich diskutierten wenige Tage später Bürgermeister aus ganz Deutschland die Frage „Was folgt nach der Erstunterbringung?“ Um auf dem Boden der Tatsachen anzukommen und die Auswirkungen internationaler und nationaler Politik zu betrachten, sollte man den Bürgermeistern zuhören: Auf der Kommunalkonferenz in Berlin jedenfalls stellte sich die sogenannte Flüchtlingskrise sehr differenziert dar. Manche Stadtoberen berichteten von stark ansteigenden Einwohnerzahlen, die aber nicht nur im Zusammenhang mit den Flüchtlingen, sondern auch mit Spekulation auf dem Wohnungsmarkt gesehen wurden. Die Stadt Gummersbach etwa hat 1100 Flüchtlinge aufgenommen und dazu zahlreiche Stadtflüchtlinge, die sich Köln nicht mehr leisten können, so dass nun größere Stadtentwicklungsprojekte angegangen werden können. Auch Nürnberg begrüßt den Zuzug von 8700 Flüchtlingen und sieht sich zugleich als Ersatzdestination für das teure München. Andere Städte wie Ludwigshafen, das bei der Wahl die höchsten AfD-Werte in Rheinland-Pfalz verzeichnete, würden auf sozialen Wohnungsbau und Erstaufnahmeeinrichtungen lieber verzichten, um bestehende Brennpunkte nicht weiter zu destabilisieren – die positive Umdeutung als „Arrival City“ scheint hier weit weg zu sein. Bei aller Klage über zuwenig Geld („Integration braucht Investition“), überwog auf Bürgermeisterebene dennoch der Optimismus („Deutsche Städte können Integration“). Planungsunsicherheit war ein Thema, wenngleich eine mögliche Wohnsitzauflage (die Wiedereinführung der 2014 abgeschafften Residenzpflicht) nicht von allen befürwortet wurde. Wer kann, zieht in die Ballungsräume, dorthin, wo es Arbeit gibt. Daran wird kein Gesetz etwas ändern.

Die Widersprüche der Komfortzone

Offensichtlich mangelt es weder am politischen Willen noch am Engagement der Architektenschaft, Zuwanderer in Deutschland menschenwürdig aufzunehmen. Die alltägliche Situation von Planenden erscheint jedoch von Tag zu Tag absurder: Die Balkanroute wird abgeriegelt und wir reden über den Energiestandard von Holzmodulen. Flüchtlinge werden in die Türkei verschoben und wir gestalten interkulturelle Gärten. Hunderttausende sitzen perspektivlos in Lagern fest und wir diskutieren über Landesbauordnungen. Die europäische Flüchtlingspolitik stagniert: 30 Länder (die 28 EU-Staaten, Norwegen und die Schweiz) haben gemeinsam nach wie vor weniger Flüchtlinge aufgenommen als das kleine Land Jordanien. „Niemand im Nahen Osten glaubt mehr an Europas Rolle als Hüter der Menschenrechte“, sagte der Migrationsforscher Kamel Dorai kürzlich der Schweizer Tageswoche. Wer in Deutschland für Flüchtlinge plant und baut, muss viele Widersprüche aushalten. Und trotzdem weiter machen.



Champs-Élysées nennen die Bewohner von Za'atari die Hauptstraße des Flüchtlingscamps an der libanesisch-syrischen Grenze
Foto: U.S. Department of State